

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Berliner Aktionsplan für Toleranz und gegen Deutschenfeindlichkeit

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Bezirken unter Einbindung von Verbänden und Einrichtungen einen Berliner Aktionsplan für Toleranz und gegen Deutschenfeindlichkeit zu entwickeln und umzusetzen.

Ferner wird der Senat aufgefordert, sich in einer Bundesratsinitiative für einen bundesweiten Aktionsplan für Toleranz gegen Deutschenfeindlichkeit einzusetzen.

Der Berliner Aktionsplan für Toleranz und gegen Deutschenfeindlichkeit soll dazu beitragen, Vorurteile, Ressentiments und Mobbing seitens Ausländern und Deutschen mit Migrationshintergrund gegen deutschstämmige Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere in den Schulen abzubauen und die Akzeptanz der hiesigen Rechts- und Werteordnung zu fördern. Durch ihn soll die Informationslage über deutschenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung, Gewalt- und Mobbingverfahrungen der Betroffenen sowie die Zahl der angezeigten deutschenfeindlichen Straftaten verbessert werden. Gemäß dem Aktionsplan sollen Strukturen zu Prävention, Opferschutz und Opferhilfe geschaffen werden.

Der Berliner Aktionsplan für Toleranz und gegen Deutschenfeindlichkeit soll folgende Elemente enthalten:

- Es sollen regelmäßig Befragungen von Schülern bezüglich deutschenfeindlicher Gewalt- und Mobbingverfahrungen durchgeführt werden.
- Alle deutschenfeindlichen Vorkommnisse an Berliner Schulen sind von den Schulleitungen an die Schulverwaltung zu melden und dort statistisch aufzuarbeiten.
- Toleranz und gegenseitiger Respekt müssen im offenen Dialog ständig an den Schulen thematisiert und gefördert werden. Der Ethikunterricht bietet dazu den passenden Rahmen.
- Deutschenfeindlichkeit ist in den Fokus der Arbeit der Berliner Antidiskriminierungsstelle zu rücken.

- Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wird um den Bereich der Deutschenfeindlichkeit erweitert. Aus diesem Programm müssen Mittel für Projekte und Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, die auf Prävention und Opferbetreuung zielen.
- Die Einrichtung eines Sorgentelefon, an das sich betroffene Schüler, Lehrkräfte und Eltern wenden können, deren deutschenfeindliche Gewalt- und Mobbingverfahren von den Schulleitungen nicht ernst genommen werden. Das Sorgentelefon soll aus Mitteln des vorgenannten Landesprogramms finanziert werden.
- Deutschenfeindliche Hassgewalttaten müssen als solche von Polizei und Staatsanwaltschaft erkannt, entsprechend systematisch verfolgt und statistisch erfasst werden. Dabei ist die Anonymität der Opfer im Rahmen der Statistikerhebung zu wahren. Einstellungen der Verfahren soll es in der Regel bei Hassgewalttaten nicht geben.
- Täter und Opfer sollen erfahren, dass auch deutschenfeindliche und andere aus Hass motivierte Taten konsequent und schnell verfolgt und durch Gerichte verurteilt werden.
- Die Aufklärung über die deutsche Rechts- und Werteordnung gehört entwicklungsgerecht in Kitas, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen zum Pflichtprogramm und muss fester Bestandteil von Aus- und Fortbildung von pädagogischem Personal werden. Ein entsprechender Nachweis bei der Förderung von Trägern der Freien Jugendarbeit ist zu prüfen.
- Im Rahmen der Aufklärung über die deutsche Rechts- und Werteordnung ist ehrenamtlichem Engagement ein besonderer Stellenwert einzuräumen.
- Deutschenfeindlichkeit muss zielgruppenspezifisch begegnet werden. Hierbei ist auch die jeweilige gezielte Ansprache von Eltern und des sozialen Umfeldes der jeweiligen jungen Zielgruppe notwendig.

Begründung

Deutschenfeindlichkeit ist Rassismus und muss ebenso wie Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie oder andere Hass-Phänomene konsequent bekämpft werden.

Ein Teil der Menschen mit Migrationshintergrund, der teilweise seit über zwanzig Jahren in Deutschland lebt, verweigert sich hartnäckig der deutschen Gesellschaft. Die hier geltende Rechts- und Werteordnung wird abgelehnt, alles Deutsche und alle Deutschen werden von diesen Menschen als minderwertig betrachtet. Das einzig Deutsche, was diese Menschen akzeptieren und gern und ausgiebig in Anspruch nehmen, sind die Leistungen des deutschen Sozial- und Gesundheitssystems. Die deutschenfeindliche Einstellung findet leider auch Niederschlag in der Erziehung der Kinder. Das hat dazu geführt, dass in sehr vielen Schulen, in denen Schüler und Schülerinnen deutscher Herkunft in der Minderheit sind, diese massiv bedrängt, gemobbt, beleidigt, verprügelt oder in anderer Weise drangsaliert werden.

Aus der Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Berlin, blz, Nr. 11/2009 „Deutschenfeindlichkeit an Berliner Schulen“:

... Mit der zunehmenden Segregation der SchülerInnenschaft, insbesondere in den Schulen, die in sozialen Brennpunkten liegen, verstärkt sich eine Art von

Deutschenfeindlichkeit unter vielen SchülerInnen mit Migrationshintergrund. Es kommt zu einer wechselseitigen Abschottung.

Viele deutsche SchülerInnen empfinden sich als eine abgelehnte, provozierte, diskriminierte Minderheit, meist ohne nicht-deutsche Freunde. In den Klassen komme es, äußern deutsche SchülerInnen, immer wieder zu Beschimpfungen und Konflikten: Namen werden verballhornt, Schüler bedroht und gemobbt. Bei Konflikten erhielten die nicht-deutschen Schüler meist rasch Hilfe von Verwandten oder Freunden. Bei der Gruppe der deutschen SchülerInnen sei das oft nicht der Fall. Vor allem der Aufenthalt auf dem Schulhof wird zuweilen als ein Spießrutenlaufen mit diversen Beschimpfungen erlebt.

Vielfach wurden deutsche SchülerInnen auch provozierend gefragt, was sie »hier« wollten, das sei doch nicht ihre Schule. Auch hätten die deutschen SchülerInnen zuweilen das Gefühl, dass sie aus der Schule gedrängt werden sollten. Sehr oft gingen sie mit Wut im Bauch nach Hause und fühlten sich unterwegs bedroht. Auch Richter und Polizisten berichten über eine deutlich zunehmende Deutschenfeindlichkeit vor allem unter türkisch- und arabischstämmigen Jugendlichen....

... Diese nichtdeutschen Jugendlichen wohnen in sozialen Brennpunkten, sind oft dem Prekariat zugehörig und leben isoliert. Sie entstammen häufig äußerst konservativen Familien. Auffällig ist dabei ein oft problematisches Deutschenbild. Vielfach werden Deutsche verachtet und Deutschland nur als Beutegesellschaft betrachtet, eine Integration abgelehnt.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Berlin, den 16.11.2010

Meyer Gersch Senftleben
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der FDP